

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossinnen und Genossen....

Seit nun mehr 121 Jahren wird der 1. Mai als „Kampftag der Arbeiterbewegung“ begangen.

Seine Ursprünge hatte er im Kampf der amerikanischen Arbeiterbewegung die mit einem Generalstreik am 1. Mai 1866 den 8-Stunden-Tag durchsetzen wollte. Zu diesem Zeitpunkt war die Arbeitszeit aber noch ein 12-Stunden-Tag bei einem Durchschnittstagesverdienst von 3 US\$. Für diese 3 US\$ bekam man im Jahr 1886 in einem Restaurant ein mageres Abendessen.

Der Gründungskongress der Zweiten Internationalen – also der weltweite Zusammenschluss der Sozialdemokratischen Arbeiterparteien - griff in Erinnerung an die amerikanischen Ereignisse 1889 den 1. Mai erneut als „Kampftag der Arbeiterbewegung“ auf.

Am 1. Mai 1890 wurde zum ersten Mal dieser „Protest- und Gedenktag“ mit Massenstreiks und Massendemonstrationen in der ganzen Welt begangen.

Vermutlich hat damals in Großkarlbach noch niemand am 1. Mai den Bekennermut zu Sozialdemokratie und Gewerkschaftsorganisation zeigt; die Spuren der Industrialisierung – die erst die neue Klasse der Arbeiter schuf – waren aber bereits gelegt. Schließlich war Großkarlbach zu diesem Zeitpunkt bereits Endstation einer 1891 eröffneten Schmalspurbahn, die im Volksmund „Lokalbahn“ oder „Bembel“ genannt wurde. Sie führte bekanntlich über Dirmstein und Heßheim nach Frankenthal und besaß auf Straßenbahngleisen auch Anschluss nach Ludwigshafen am Rhein, damit die Großkarlbacher Arbeiter den Weg in die Chemiemetropole am Rhein finden konnten.

Dort saß mit Franz Josef Ehrhart bereits seit 1889 ein Sozialdemokrat im Stadtrat und vertrat dort als Alleinkämpfer die Interessen seiner Klassenbrüder. Der rührige Ehrhart war bereits 1873 – sowie ich heute – als sozialdemokratischer Wanderagitator auf Schusters Rappen durch die Pfalz gereist und hatte dabei die ersten pfälzischen Ortsvereine der SPD gegründet.

Auch durch das Sozialistengesetz von 1878 und das anschließende Verbot von SPD und

Gewerkschaften bis 1890 liess sich Selbstorganisation der Arbeiter weder auf der Partei noch auf der Gewerkschaftsebene zerschlagen.

Da aber auch nach der Wiedezulassung von SPD und Gewerkschaften 1890 der 1. Mai natürlich ein Arbeitstag blieb, wurde seine Feier häufig erst am drauffolgenden Wochenende begangen – vor allem mit gemeinsamen Ausflügen ins Grüne: So schrieb der österreichische Sozialdemokrat Viktor Adler 1890 in der Wiener Arbeiterzeitung: „Er ist sehr schön, der 1. Mai, und die Tausende von Bourgeois und Kleinbürgern werden es den Hunderttausenden von Proletariern gewiss gerne vergönnen, sich auch einmal das berühmte Erwachen der Natur, das alle Dichter preisen und wovon der Fabrikszwängling so wenig bemerkt, in der Nähe zu besehen.“

Der Versuch der Weimarer Nationalversammlung, am 15. April 1919 den 1. Mai endlich zum gesetzlichen Feiertag zu bestimmen, endete bereits 1919: Für das Gesetz, das nur auf den 1. Mai 1919 beschränkt war, stimmten SPD, DDP und Teile des Zentrums. Während die bürgerlich-rechte Opposition (DNVP, DVP) sowie weite Teile des Zentrums

die Einführung des Tages der Arbeit als Feiertag überhaupt ablehnten, ging der USPD das Gesetz nicht weit genug, sie forderte zusätzlich die Einführung des 9. Novembers als Revolutionsfeiertag.

Gesetzlicher Feiertag wurde der 1. Mai ab 1933 durch die Nationalsozialisten. Das Reichsgesetz vom 10. April 1933 benannte ihn als „Feiertag der nationalen Arbeit“. Ihre wahre Absicht zeigten die Nationalsozialisten aber schon am 2. Mai 1933: Die Gewerkschaften wurden in Deutschland verboten und die Gewerkschaftshäuser gestürmt; einzelne Gewerkschaftsfunktionäre dabei sogar ermordet.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der 1. Mai 1946 durch den Alliierten Kontrollrat bestätigt und wird seitdem von gewerkschaftlich und politisch organisierten Menschen wieder in freier Selbstbestimmung begangen.

Aber selbst 65 Jahre später immer leben wir noch in unruhigen Zeiten: Erdbeben, Tsunami und Atomkatastrophe in Japan, Aufstände gegen Unterdrücker-Regime in arabischen Staaten. Die anhaltende Spekulation auf den Rohstoff- und Kreditmärkten, Angriffe auf

soziale Errungenschaften und gewerkschaftliche Rechte im Windschatten der Eurokrise bedrohen die Existenzgrundlagen der Arbeitnehmerschaft und der sozial Schwachen.

In Teilen der Wirtschaft konnte die Krise dank des Einsatzes der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gemildert werden – der Respekt dafür ist bis heute ausgeblieben. Im Gegenteil! Bundesregierung und Arbeitgeber weiten Niedriglöhne, befristete Jobs und unsichere Arbeit immer weiter aus. Gleiche Bezahlung in der Leiharbeit und einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn lehnen sie ab – gegen die Forderung der großen Mehrheit der Bevölkerung. Aus der solidarischen Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme haben sich die Arbeitgeber verabschiedet, nachdem ihnen der Gesetzgeber die Türen geöffnet hat.

Dagegen hat die SPD in Rheinland-Pfalz gehandelt. Das Tariftreuegesetz ist am 1. März 2011 in Kraft getreten. Damit sichern wir faire Arbeitsbedingungen bei allen öffentlichen Aufträgen. Tariftreue und ein Mindestlohn von 8,50 Euro sind jetzt Voraussetzung für die Vergabe von Aufträgen. Wer diese nicht erfüllt, ist von einer Vergabe von öffentlichen

Aufträgen ausgeschlossen. Das Gesetz garantiert die regelmäßige Überprüfung des Mindestlohnes durch eine Kommission. Durch den Mindestlohn stärken wir den privaten Konsum und damit die Wirtschaft unseres Landes und wir sichern damit den fairen Wettbewerb.

Trotzdem ist Deutschland insgesamt in Schieflage. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer. Nicht wir haben über unsere Verhältnisse gelebt, sondern Spekulanten, Manager und Banker. Die Finanzmärkte müssen wirksam reguliert werden und die Reichen und Vermögenden müssen endlich ihren Beitrag zur Bekämpfung der Krisenfolgen und für unseren Sozialstaat leisten. Für eine sichere Zukunft brauchen wir starke soziale Sicherungssysteme und paritätische Beiträge der Arbeitgeber

Auch der Atomausstieg ist ohne Alternative. Wir Sozialdemokraten und die Gewerkschaften wollen ihn, denn wir stehen für einen Fortschritt, der die Natur und die Umwelt achtet. Und wir stehen zum Industriestandort Deutschland. Seine Zukunft hängt von einer sicheren und sauberen Energieversorgung ab.

Auch von neuen Netzen. Wir stehen zum Energiesparen, zu Energieeffizienz und zu einem raschen Umstieg auf erneuerbare Energien.

Ab 1. Mai gilt EU-weit die uneingeschränkte Freizügigkeit für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten, die 2004 der EU beigetreten sind. Arbeitnehmerfreizügigkeit gehört zu den Grundprinzipien des Zusammenwachsens Europas. Mobilität muss aber unter fairen Bedingungen gestaltet werden. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss sowohl für entsandte Beschäftigte als auch für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter gelten. Einen fairen Wettbewerb hat die Bundesregierung aber bisher verhindert. Immer noch fehlt in Deutschland eine gesetzliche Regelung, die Lohndumping verhindert. Die SPD hat in der für Dumpingkonkurrenz besonders anfälligen Leiharbeitsbranche einen Mindestlohn durchgesetzt. Die Forderung nach einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns wird für uns auch weiter auf der Tagesordnung stehen, um das Ziel eines gerechten Tariflohnes für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

umzusetzen.

Entscheidend ist für uns auch die Situation junger Menschen. Wir wollen eine Ausbildungsplatzgarantie für Alle und ermöglichen den Zugang zum Studium auch mit Berufsausbildung. Bei uns bleibt Bildung gebührenfrei vom Kindergarten bis zum Studium – in Baden-Württemberg werden die Studiengebühren dank grün-rot gerade abgeschafft..

Aber bundesweit ist aus der Wirtschafts- und Finanzkrise der zurückliegenden Jahre noch keine Konsequenzen gezogen. Die Zeche für Versagen, Gier und Maßlosigkeit der angeblichen Eliten zahlen nachwievor die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien. Steuererleichterungen gab es nur für Hoteliers. Dass die Krise in unserem Land aber so glimpflich verlaufen ist, ist den Tarifparteien und den Beschäftigten zu verdanken. Jetzt sind die Auftragsbücher voll und die Unternehmen machen gute Gewinne. Ein wirtschaftlicher, nachhaltiger Aufschwung erfordert ein ausgeglichenes Verhältnis von Exportwirtschaft und Binnennachfrage. Nur eine Beteiligung der

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an den Früchten des Erfolgs wird zu dauerhaftem Wachstum führen. Auch deshalb brauchen wir starke Gewerkschaften, die gute Löhne und Arbeitsbedingungen durchsetzen.

Wir wollen einen Aufschwung nicht für wenige, sondern für alle Menschen in unserem Land. Das heißt für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch: Wir müssen die Chance nutzen, um die Arbeitslosigkeit und insbesondere die Langzeitarbeitslosigkeit endlich deutlich zu senken. Wer blindlings bei Weiterbildung und Qualifizierung kürzt wie Frau von der Leyen, sollte zum Thema Langzeitarbeitslosigkeit und Fachkräftemangel schweigen. Wir brauchen funktionierende Arbeitsförderung und Verlässlichkeit für die Akteure der Arbeitsmarktpolitik, damit alle Menschen ihre Chance auf Arbeit nutzen können.

Ein Blick hinter die Kulissen des Beschäftigungsaufschwungs offenbart eine tiefgreifende Krise unserer Arbeitsgesellschaft. Der Niedriglohnsektor ist mit 22 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten massiv angewachsen, besonders Frauen arbeiten in diesem Bereich. Diese Entwicklung

muss endlich gestoppt und umgekehrt werden. Neben einem gesetzlichen Mindestlohn ist dafür eine Stärkung des Tarifvertragssystems notwendig. Wir wollen der zunehmenden Tariffucht dadurch begegnen, dass per Gesetz Tarifverträge leichter allgemeinverbindlich erklärt werden können. Der Missbrauch der Leiharbeit muss endlich wirksam bekämpft werden. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit - dieses Prinzip muss uneingeschränkt gelten. Jeder zweite neue Arbeitsvertrag wird nur noch befristet abgeschlossen. Viele, vor allem junge Menschen, werden von einem befristeten Vertrag zum nächsten gereicht, oft über Jahre. Eine vernünftige Lebens- und Familienplanung ist so kaum möglich. Wer arbeitet, verdient Respekt. Die SPD will daher die Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung abschaffen.

Auch hundert Jahre nach dem ersten internationalen Frauentag werden Frauen in unserem Land beim Lohn systematisch diskriminiert. Das ist nicht nur ein sozialpolitischer Skandal, es verstößt auch gegen das Diskriminierungsverbot des Grundgesetzes. Hier muss der Gesetzgeber endlich handeln. Auch hier muss der Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit gelten. Die SPD

hat ein Entgeltgleichheitsgesetz vorgeschlagen, mit dem dieser Missstand endlich beendet werden kann.

Auch bei der Gesundheitsversorgung legt die SPD mit der Bürgerversicherung ein Konzept vor, wie es besser geht. Während die Bundesregierung aus der Zwei-Klassen-Medizin mit Zusatzbeiträgen und Kopfpauschalen eine Drei-Klassen-Medizin machen will, wollen wir, dass zukünftig alle gemäß ihres Einkommens einzahlen. Die Arbeitgeber sollen künftig wieder den gleichen Anteil an der Finanzierung wie die Arbeitnehmer übernehmen, damit so die solidarische Finanzierung des Gesundheitswesens wiederhergestellt wird.

Gerechter Lohn für gute Arbeit, die Stärkung des Normalarbeitsverhältnisses, gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit; das alles sind keine Maximalforderungen. Das sind Mindestansprüche an eine solidarische und gerechte Gesellschaftsordnung, in der der Wert der Arbeit geschätzt und die Würde der arbeitenden Menschen geachtet wird.

In diesem Sinne Euch allen noch schönen 1. Mai!

Vielen Dank